

Vorwort

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 wurde die vorerst letzte große Hürde im europäischen Reformprozess genommen. Dabei war lange keineswegs sicher, dass alle 27 EU-Staaten die dafür notwendigen Ratifizierungsurkunden im italienischen Außenministerium tatsächlich hinterlegen würden. Die Iren stimmten schließlich im Herbst 2009 in einem zweiten Referendum für den Vertrag, und auch in Polen, der Tschechischen Republik und in Deutschland konnten erst in den Herbst- und Wintermonaten 2009 die letzten Blockaden aus dem Weg geräumt werden. Doch trotz dieses Erfolges wurde mit dem neuen Vertragstext nicht, wie ursprünglich angestrebt, ein Europäischer Verfassungsvertrag verabschiedet. Weiterhin fehlt es an Überblickstransparenz, ohne die eine innere Verbindung zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern nicht entstehen kann.

Die Staats- und Regierungschefs haben dies 2007 erkannt, als sie eine EU-Reflexionsgruppe um den früheren spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzales beauftragten, einen Blick in die europäische Zukunft 2020 bis 2030 zu richten und dabei ihre besondere Aufmerksamkeit auch der Frage zu widmen, wie ein besserer Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern hergestellt werden kann. Im Juni 2010 legte die Gruppe schließlich ihren Bericht vor und identifizierte als zentrale Themenfelder u.a. die Erneuerung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells, Energieversorgungssicherheit und Klimawandel, äußere und innere Sicherheit und Europa in der Welt. Diesen allgemeinen Überlegungen zur Gesamtentwicklung der Union sowie zum Vertrag von Lissabon widmet sich das Jahrbuch der Europäischen Integration 2010. Neben den großen Zukunftsfragen markiert die Wirtschafts- und Eurokrise einen klaren Bezugspunkt der tagespolitischen Berichterstattung.

Das *Kapitel zu den Institutionen der EU* durchleuchtet die institutionelle Architektur der Europäischen Union. In allen Beiträgen sind die mit dem Vertrag von Lissabon geschaffenen Innovationen präsent: etwa durch die Aufwertung des Europäischen Parlaments, in Gestalt des Amtes eines hauptamtlichen Präsidenten des Europäischen Rats, in der Position der Hohen Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik oder dem Europäischen Auswärtigen Dienst.

Die einzelnen Beiträge des *Kapitels zur Innenpolitik der Europäischen Union* bieten tiefergehende Detailanalysen der Entwicklungen in einzelnen EU-Politikbereichen. Hier wird besonders deutlich, wie wenig die aktuelle Tagespolitik von kontroversen Grundsatzdiskussionen zu trennen ist: wie beispielsweise die als Ausweg aus der Euro-Krise diskutierte „Europäische Wirtschaftsregierung“. Wir freuen uns Kai Diekmann (Bildungspolitik) und Sebastian Schäffer, der über die Binnenmarktentwicklung und die europäische Verkehrspolitik informiert, unter den Autoren zu begrüßen.

Im *Kapitel zur Außenpolitik der Europäischen Union* offenbaren sich trotz der eindeutigen Vorgaben des Vertrags von Lissabon stärker im europäischen Rahmen zu agieren, die bestehenden Vorbehalte der 27 Mitgliedstaaten gegenüber einer engeren Zusammenarbeit. Gleichzeitig zeigt sich in den Beiträgen zu den EU-Beziehungen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, dem Nahen Osten und gegenüber den USA und Russland ein gemeinsames, spezifisch europäisches Profil gegenüber anderen Weltregionen.

Die Notwendigkeit, den Erwartungen und Bedürfnissen der Bürger gerecht zu werden, offenbart sich zunehmend im *Kapitel zur politischen Infrastruktur*. Deutlich wird, dass nicht nur die öffentliche Meinung und die Interessenvertretung in der EU komplexer geworden sind. Dies zeigt auch die steigende Anzahl von EU-Agenturen, die sich, wie Thomas Traguth aufzeigt, seit dem Jahr 2000 beinahe verdreifacht hat. Cyril Gläser berichtet über die mit dem Vertrag von Lissabon aufgewerteten Mitgestaltungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente. Ob eine solche Stärkung der Europafähigkeit der nationalen Parlamente zu der geforderten Bürgernähe führen wird oder eine Instrumentalisierung der neuen Regelungen durch die Regierungen zu erwarten ist, bleibt vorerst noch abzuwarten.

Unsere Autorinnen und Autoren berichten im *Kapitel zur Europapolitik in den Mitgliedstaaten* über die Europapolitik sowie innen- und außenpolitischen Entwicklungen in den 27 EU-Ländern und reflektieren die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union. Neu unter den Autoren sind Julie Herschend Christoffersen (Dänemark) und Markus Johansson (Schweden).

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union sowie die Entwicklungen in den Beitrittskandidaten werden im *Kapitel zur Erweiterung der Europäischen Union* thematisiert. Mit Island, Burkard Steppacher berichtet, wird seit Juli 2010 offiziell über eine EU-Aufnahme verhandelt. Die Erweiterung der EU wäre mit dem Beitritt Islands, der bereits 2012 denkbar ist, keineswegs abgeschlossen. Die Reflexionsgruppe hat die Erfüllung der Beitrittskriterien – und damit Europas Werte – als „die wahren Grenzen Europas“ definiert, nicht Geografie und Religion. Die Grenzen Europas sind also nicht, wie insbesondere in der Beitrittsfrage der Türkei von manchem erhofft, abschließend definiert worden.

Das *Kapitel zur EU und anderen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Kooperationsformen von EU und NATO sowie in diesem Jahr mit einem Beitrag von Anke Gimbal wieder über die Arbeit des Europarates.

Die Chronologie von Bettina Reiter, eine Zusammenstellung des europapolitischen Informationsangebots im Internet und eine umfangreiche Bibliographie, die in diesem Jahr von Livia Schroedel zusammengestellt wurde, runden den Band im Anhang ab.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 30. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf den Internetauftritt des Jahrbuchs der Europäischen Integration unter „www.Wissen-Europa.de“ hinzuweisen. Durch die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 stehen dort einem breiten Publikum fast drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung des Projekts durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt insbesondere den Autorinnen und Autoren, die das Jahrbuch über so viele Bände begleitet haben und deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Isabelle Tannous danken wir herzlich, ohne ihre sachkundige Redaktion wäre die Realisierung dieses Projekts nicht möglich.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels